

Diese respektable Arbeit entstand als eine Dissertation unter Betreuung von Bedřich Loewenstein und ist durch dessen behutsame Argumentation geprägt; im Umkreis des Collegium Carolinum in München und seiner Mitarbeiter ist die Arbeit dann weiter gewachsen und gereift.

Köln

Manfred Alexander

Inseln der bürgerlichen Autonomie? Traditionelle Selbstverwaltungsmilieus in den Umbruchsjahren 1944/45 und 1989/90. Hrsg. von Jiří Pešek und Tomáš Nigri n. (Schriften zur Zeitgeschichte und zum Zeitgeschehen, Bd. 1.) Peter Lang, Frankfurt am Main u.a. 2009. 272 S. ISBN 978-3-631-56374-8. (€ 46,80.)

Dieser Sammelband ist eine merkwürdige Publikation: Er umfasst neun Referate einer Tagung des Prager Instituts für Internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karlsuniversität, über die weder das Datum noch anderes mitgeteilt wird; die Texte sind in einem komplizierten deutschen Stil verfasst, von dem nicht zu erwarten ist, dass auch sehr sprachgewandte tschechische Kollegen ihn ohne Hilfe hätten meistern können. Auch der Titel ist ungewöhnlich: Es sollen sich selbst verwaltende Institutionen untersucht werden, die vom Staat als autonome Bereiche respektiert, z.T. aber auch alimentiert wurden. Die drei dazu genannten Beispiele sind die Universität, die Stadt und die unabhängigen Gerichte, die hier in einer vergleichenden Studie für Mitteleuropa an den beiden Wendepunkten 1944/45 und 1989/90 vorgestellt werden sollen. Ob es sich dabei wirklich um eine „bürgerliche Autonomie“ handelt und der Ansatz insgesamt nicht überzogen ist, soll das Fragezeichen im Titel wohl nicht andeuten.

Nach einer allgemeinen Einführung der Herausgeber behandelt Jiří Pešek in zwei unterschiedlichen Ansätzen die deutschen Universitäten. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beschreibt er deren Wiedereröffnung bzw. Neugründung in den drei westlichen Besatzungszonen; in düsteren Farben zeichnet er die Wiederherstellung der Ordinarienherrschaft der „Mandarine“ (S. 28) und das Scheitern der Entnazifizierungsverfahren, für das wohl die Ermordung des reformorientierten amerikanischen Universitätsprofessors Dr. Edward Y. Hartshorn am 30. August 1946 symptomatisch war (S. 32). Wenig überzeugend ist der angestrebte Vergleich mit der Situation in der DDR 1989/90, weil hier eben nicht die einheimischen Kräfte eine Erneuerung erreichen konnten, sondern eine Überprüfung und „Abwicklung“ von außen aus dem Westen erfolgte. Die Detailstudie von Lucie Filipová zeigt den Einfluss der französischen Regierung auf die Universitäten in ihrem Einflussbereich, Freiburg und Tübingen sowie die Neugründung Mainz; auch hier scheiterten die Reformversuche. Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße für Österreich, dem Ota Konrád seinen Essay widmet. Personell und mental wurde hier an die Entwicklung von vor 1933 angeknüpft, der große Aderlass durch die Emigration nach 1938 und die Ausweisung der „Reichsdeutschen“ nach 1945 waren kein Anreiz zu Reformen.

Faktenreich beschreibt Zdeněk Poustka die Wiederherstellung der Autonomie der tschechischen Karlsuniversität in Prag nach dem Ende der deutschen Protektoratszeit, die angesichts des erstarkenden Druckes der Behörden fragil blieb. Die komplizierte Situation in Polen – Verluste durch Kriegseignisse und die Ermordung großer Teile der akademischen Elite, die Abtrennung der Ostgebiete und die Westverschiebung der dortigen Universitäten, dann ständige Eingriffe der Politik im Ringen zwischen den bürgerlichen Parteien und der kommunistischen Partei – beschreibt Jiří Vykoukal in einer eher ungelungenen Sprache. Im letzten Satz seines Beitrags stellt er fest, dass die Universitäten, die sich eine faktische Autonomie erstreiten konnten, neben der katholischen Kirche eine Quelle ständiger Unruhe in der Volksdemokratie waren (S. 143). Die noch kompliziertere Lage in der Ukraine zwischen nationaler und sowjetischer Ausrichtung behandelt Bohdan Zilynskij.

In einem zweiten Ansatz für die Wende 1989/90 beschreibt Karel Malý die Wiederherstellung der Autonomie der Karlsuniversität, an deren Zustandekommen er selbst mit-

gewirkt hat; dasselbe trifft für Václav Ledvinka zu, der als Zeitzeuge aus seinen damaligen Aufzeichnungen über die totale Transformation der Prager Stadtverwaltung ohne jede Vorbereitung zitiert. Etwas aus dem Rahmen fällt schließlich der einzige rechtshistorische Aufsatz von Petr Mlsna über die Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts in der Bundesrepublik Deutschland, dessen Entstehung von den Beratungen des Verfassungskonvents in Herrenchiemsee (August 1948) über die Beratungen zum Grundgesetz im Parlamentarischen Rat bis zum Gesetz von 1951 minutiös aufgezeigt wird.

Das Sammelwerk bietet durchaus interessante Themen, wenn auch die Gesamtkonzeption wenig überzeugend bleibt. Allerdings ist es in seiner meist abstrakt gehaltenen Faktenschilderung ein zäher Lesestoff. Es ist bemerkenswert, in welcher Konzentration die Prager Kollegen ihre Vorstellung von Mitteleuropa in einem Spezialthema dargestellt haben.

Köln

Manfred Alexander

Pieter C. van Duin: Central European Crossroads. Social Democracy and National Revolution in Bratislava (Pressburg) 1867-1921. (International Studies in Social History, Bd. 14.) Berghahn, Oxford 2009. 466 S. ISBN 978-1-8454-5395-4. (€ 64,95.)

Den Kern dieses vom niederländischen Historiker Pieter C. van Duin verfassten Buches stellen die Kapitel 5-8 dar. Dort behandelt er den Umbruch in Bratislava (damals noch Pressburg, Pozsony oder slowakisch Prešporok) in den Herbst- und Wintertagen 1918/19. War der Schwerpunkt seiner Forschung bisher auf die Sozialdemokratie in der Stadt ausgerichtet, zeigt sich hier nun die ganze Verwicklung der mitteleuropäischen Geschichte, weil es in Pressburg von Anfang an nicht nur eine ungarische (eigentlich magyarisches), sondern auch eine deutsche (eigentlich ungarische, aber deutschsprachige) und eine slowakische (eigentlich auch ungarische) Sozialdemokratie gegeben hat. Pressburg war am Ende des 19. und zu Anfang des 20. Jh.s eine stark industrialisierte Stadt. Viele Arbeiter lebten zwar entweder am Rande oder außerhalb der Stadt, doch Pressburg war ein natürliches Zentrum der Arbeiterklasse und die vermeintliche Idylle eines mehrheitlich deutschsprachigen Bürgertums gehörte der Vergangenheit an. Sozialdemokraten waren ihrem eigenen Verständnis nach Internationalisten und nicht nach ihrer Nationalität, sondern nach ihrer Staatszugehörigkeit organisiert, so auch in Pressburg. Aber für die deutschen Arbeiter lag Wien nicht nur geografisch, sondern auch politisch (und natürlich auch sprachlich) viel näher als Budapest. Für die slowakischen Arbeiter war Prešporok das eigentliche organisatorische Zentrum, wo sie 1904 eine eigene sozialdemokratische Partei gründeten und mit umfassender Hilfe der tschechischen Sozialdemokratie die Zeitung *Robotnícke noviny* herausgaben. Auf Drängen der Sozialistischen Internationale hatten sich die Slowaken rein formell mit der ungarischen Partei wiedervereinigt, faktisch blieben sie aber autonom. In diesem Punkt hatte sich der Nationalismus in der sozialdemokratischen Bewegung also schon zu Beginn des 20. Jh.s in Mitteleuropa durchgesetzt.

Wer sich seriös mit der Sozialdemokratie in dieser Region beschäftigen will, hat keine andere Möglichkeit, als sich auch mit dem Nationalismus und den nationalen Bewegungen zu befassen. Genau diese Aspekte findet man in den Kapiteln 1-4. Zwar kritisierten die Sozialisten in ihrer Presse massiv die bürgerlichen Politiker, manchmal aber fanden sie sich mit ihnen unter der gemeinsamen Nationalflagge zusammen. Die slowakischen Sozialdemokraten kooperierten zum Beispiel sehr eng mit dem slowakischen bürgerlichen Lager im Kampf für das allgemeine Wahlrecht in den Jahren 1905-1907.

Dann kam der Krieg und gegen Kriegsende Revolution, Umbruch, Zusammenbruch der Monarchie und ein Neuanfang. Die Revolution war eine soziale und nationale. Pressburg sollte der Tschechoslowakischen Republik angegliedert werden. Es war die Zeit der Räte und Unruhen. Die deutschen Bürger Pressburgs, lange Jahre treue ungarländische Patrioten, wollten nicht Bela Kun folgen, und auch Wien erschien ihnen zu rot. Die Tschechoslowakische Republik jedoch war ihnen ganz fremd. Auch die Sozialdemokraten waren sich nicht ganz einig. Nicht alle waren radikalisiert und bereit dazu, die Weltrevolution zu